

INITIATIVENFLUT

Wer keine Wahl hat, greift zur stärksten Waffe

Wer lange genug für den Staat arbeitet, weiss oft nicht mehr, wer der Herr im Hause ist. So meinte alt-Staatssekretär Jean-Daniel Gerber, der 30 Jahre in diesem Haus gedient hat, «die politische Agenda sollte primär bestimmt werden durch den Bundesrat und das Parlament.» Gerber lancierte in der Neuen Zürcher Zeitung wieder einmal die Diskussion um die Flut von Volksinitiativen, die die wertvolle Zeit des Bundesrats, der Verwaltung und des Parlaments beanspruche – «auf Kosten der wahren Probleme». Zur Remedur schlägt Gerber nicht eine Erhöhung der Unterschriftenzahl vor – das würde den Gemeinden mit der Beglaubigung nur noch mehr zu tun geben –, sondern eine Halbierung der Sammelfrist und, man höre und staune, ein Quorum im Parlament. Das Parlament könnte dann selbständig entscheiden, welche Aufträge des Souveräns es in Gesetze giessen muss und welche nicht. Es kann nicht sein, dass sich die Diener auf den Thron schwingen. Sie sind ihm nahe genug.

Wer ein politisches Anliegen habe, soll gemäss Gerber primär versuchen, genügend Parlamentarier dafür zu gewinnen. «Unsere Vertreter im Parlament wissen hoffentlich, was die Bevölkerung bewegt.» Hoffentlich! Aber sie nehmen sich nur der Themen an, mit denen man sich profilieren kann, bei denen leicht Mehrheiten zu erreichen sind oder mit denen man massgebenden Kreisen einen Freundesdienst erweisen darf. Wer schon versucht hat, Parlamentarier für ein Anliegen zu gewinnen, auch für ein so zentrales wie die Geldschöpfung, kann ein Lied von den Schwierigkeiten singen, die Parlamentarier überhaupt zu erreichen.

Es stimmt: Seit Beginn der 80er Jahre hat sich

—
Die verstärkte Einmischung des Souveräns in die Geschäftsführung der Staatsdiener ist vor allem ihren Versäumnissen geschuldet, die Teilhabe am Erfolg der Moderne gerecht zu gestalten.

die Zahl der Volksinitiativen markant erhöht, von durchschnittlich weniger als zehn pro Jahrzehnt auf rund 30. Der Boom hat nichts mit dem Internet zu tun – er begann nämlich vorher – und wenig mit der gestiegenen Bevölkerungszahl, die das Quorum von 100'000 etwas erleichtert hat. Die verstärkte Einmischung des Souveräns in die Geschäftsführung der Staatsdiener ist vor allem ihren Versäumnissen geschuldet, die Teilhabe am Erfolg der Moderne gerecht zu gestalten und die damit verbundenen Lasten den Verursachern zu überbinden. Die Kosten tragen wir alle, die Gewinne tragen ein paar Wenige davon. Auf Dauer geht das nicht.

Wenn die Politik nicht mehr dem Gemeinwohl dient, beteiligen sich gezwungenermassen vermehrt Menschen am politischen Prozess, die im Establishment nicht vertreten sind oder dieses sogar ablehnen. Die Mittel der Beteiligung sind aber beschränkt. «Zwischen dem starken und einflussreichen, aber sehr aufwändigen, teuren und langwierigen politischen Recht «eigenössische

Volksinitiative» einerseits und dem vergleichsweise schwachen Petitionsrecht andererseits klafft auf nationaler Ebene ein grosses partizipatives Vakuum», schrieb Ständerat Minder vor einem Jahr in der Begründung seines Vorstosses für eine Volksmotion. Damit könnte eine definierte Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ein Anliegen verbindlich in das Parlament einbringen, das dann immer noch frei entscheiden kann, ob und in welcher Form das Begehren realisiert wird. Nicht wenige Initiativen werden ohne Aussicht auf Erfolg nur lanciert, damit überhaupt einmal über das Thema diskutiert wird und sich das öffentliche Bewusstsein bilden kann. Die bereits eingereichte Initiative für ein Grundeinkommen oder die bevorstehende für eine Vollgeld-Reform sind Beispiele dafür.

Die in einigen Kantonen bereits bestehende Volksmotion habe sich «positiv auf die politische Debatte ausgewirkt», anerkannte der Bundesrat in seiner Antwort auf den Vorstoss von Ständerat Minder ausdrücklich. Aber er lehnte sie mit der eigenartigen Begründung ab, sie schwäche die Volksrechte. Natürlich ist die Volksmotion schwächer als die Initiative. Das ist es ja gerade. Man will doch als Souverän nicht jedes Anliegen gleich in schärfstem Befehlston vortragen, sondern erst mal freundeidgenössisch darüber diskutieren. Sonst entfernt sich die Politik zunehmend von der freien Debatte und verkommt zum Kampf. Der Missbrauch des Initiativrechts ist nicht Ausdruck der Dummheit des Souveräns, sondern Symptom des Mangels anderer Möglichkeiten. Wer keine Wahl der Mittel hat, muss zum stärksten greifen. Und das ist fast nie das richtige. *Christoph Pfluger*